Merkblatt: Abmahnung

Abmahnungen haben die Funktion, Streitigkeiten kostengünstig und ohne Einschaltung eines Gerichts beizulegen. Mit der Abmahnung wird der Abgemahnte auf sein rechtswidriges Verhalten hingewiesen. Zugleich wird er aufgefordert, dieses Verhalten nicht mehr zu wiederholen und diesbezüglich eine Unterlassungserklärung abzugeben. Abgemahnt wird in der Praxis insbesondere bei Verstößen gegen das Wettbewerbs-, Urheber- oder Markenrecht. Gegenstand von Abmahnungen können aber auch das Impressum, domain- und datenschutzrechtliche Bestimmungen sowie die Verletzung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen sein.

Was die richtige Vorgehensweise bei Abmahnungen betrifft, ist zu unterscheiden

- ob Sie eine Abmahnung erhalten haben oder
- ob Sie selbst eine Abmahnung aussprechen wollen.

1. Was tun, wenn Sie eine Abmahnung erhalten haben?

Auf eine Abmahnung müssen Sie nur reagieren, wenn diese auch berechtigt ist. Beachten Sie jedoch: Schlimmere Folgen als die ursprüngliche Rechtsverletzung kann die falsche Reaktion der Betroffenen auf eine Abmahnung auslösen. Bedenken Sie insbesondere die weitgehenden Kostenfolgen! Zwar wurden die Abmahnkosten bei einfach gelagerten Urheberrechtsverletzungen inzwischen gesetzlich auf " 100 begrenzt. Doch können Sie sich hierauf nicht berufen, wenn Sie im geschäftlichen Verkehr tätig sind. Daher sollten Sie unbedingt durch einen spezialisierten Rechtsanwalt prüfen lassen, ob die Abmahnung berechtigt ist.

Nach Erhalt einer Abmahnung muss zunächst geprüft werden, ob der Absender überhaupt berechtigt ist, eine Abmahnung auszusprechen.

Bezieht sich die Abmahnung auf einen Wettbewerbsverstoß, so sind nur Ihre Mitwettbewerber, die in derselben Branche tätig sind, und Wettbewerbsvereine, denen eine ausreichende Anzahl von Mitwettbewerbern angehört, zur Abmahnung berechtigt. Das Gleiche gilt für Verbraucherverbände sowie die Industrie- und Handelskammern. Beachten Sie, dass Verbraucher selbst nicht abmahnen dürfen.

Zudem müssen Sie untersuchen, ob tatsächlich eine Rechtsverletzung vorliegt.

Ob ein Rechtsverstoß vorliegt, ist für Rechtslaien oft schwer zu beurteilen, zumal die Rechtsprechung häufig uneinheitlich ist. Zudem müssen Sie . gerade bei Massenabmahnungen . rechtsmissbräuchliche Abmahnungen nicht gegen sich gelten lassen. Die Unterscheidung ist im Einzelfall allerdings schwierig.

Wie kann man auf eine unberechtigte Abmahnung reagieren?

Auf eine unberechtigte Abmahnung müssen Sie strenggenommen gar nicht reagieren. Sinnvoll ist es jedoch gerade in Hinblick auf ein mögliches Gerichtsverfahren, fristgemäß die Abmahnung mit Begründung schriftlich zurückzuweisen. Alternativ kann eine Gegenabmahnung aufgesetzt werden, in der die Unterlassung weiterer Abmahnungen gefordert wird.

Wenn Sie mit einem gerichtlichen Vorgehen Ihres Gegners rechnen müssen, empfiehlt es sich bei Gericht eine so genannte Schutzschrift zu hinterlegen. Im einstweiligen Verfügungsverfahren werden andernfalls die Argumente des Abgemahnten häufig wegen der Eilbedürftigkeit nicht berücksichtigt. Alternativ können Sie auch zum Gegenangriff übergeben und negative

Feststellungsklage erheben, dass der geltend gemachte Unterlassensanspruch nicht besteht.

Vorgehensweise bei berechtigter Abmahnung

Wenn die Abmahnung berechtigt ist, sollten Sie zur Vermeidung eines kostspieligen Gerichtsverfahrens eine Unterlassungserklärung innerhalb der gesetzten Frist abgeben. Das Klagerisiko wird jedoch nur beseitigt, wenn diese Erklärung zugleich ein Vertragsstrafeversprechen enthält. Zudem müssen Sie das beanstandete Verhalten sofort einstellen.

Meist wird der Abmahnung schon eine vorformulierte Unterlassenserklärung beiliegen. Diese stellt jedoch nur einen Vorschlag dar, und sollte von Ihnen nicht unbesehen übernommen werden. Vielfach ist die Unterlassenserklärung nämlich zu weit formuliert. Sie riskieren, zu weitgehende Beschränkungen anzuerkennen und bei jedem Verstoß eine empfindliche Vertragsstrafe zahlen zu müssen. Weiter werden Sie zudem zum Anerkenntnis meist überhöhter Rechtsverfolgungskosten der Gegenseite aufgefordert. Auch wird die Vertragsstrafe häufig zu hoch angesetzt. Sie sollten daher eine modifizierte Unterlassenserklärung abgeben. Beachten Sie jedoch: Wenn Sie diese zu eng fassen, setzten Sie unter Umständen einen Grund für einen Prozess. Viel hängt daher von der richtigen Formulierung der modifizierten Unterlassenserklärung ab!

Bei einer berechtigten Abmahnung sind Sie verpflichtet, die Rechtsanwaltskosten des Abmahnenden zu erstatten, soweit diese für die Rechtsverfolgung notwendig waren. Häufig wird von Ihren Mitbewerbern insoweit jedoch ein zu hoher Gegenstandswert zugrundegelegt. Sie sollten daher erst nach fachkundiger Prüfung bezahlen.

2. Was tun, wenn Sie selbst eine Abmahnung aussprechen wollen?

Wenn Sie eine Rechtsverletzung feststellen, sollten Sie nicht gleich vor Gericht ziehen, sondern zunächst eine Abmahnung aussprechen. Hierdurch begegnen Sie nämlich dem Risiko, dass der Gegner vor Gericht seine Unterlassungspflicht sofort anerkennt. In einem solchen Fall hätten Sie die bis dahin entstandenen Verfahrenskosten selbst zu tragen. Wegen der vielen Zweifelsfragen, die mit der Abmahnung verbunden sind, sollten Sie unbedingt einen erfahrenen Rechtsanwalt zu Rate ziehen.

Prüfen Sie zunächst sorgfältig, ob eine Rechtsverletzung vorliegt und Sie auch zur Abmahnung berechtigt sind. Beachten Sie jedoch, dass der Abgemahnte gegen Sie zum „Gegenschlag“ ausholen kann, weil die Abmahnung bestimmten Formerfordernissen nicht entsprochen hat oder nicht berechtigt war. Sie riskieren, im Wege der negativen Feststellungsklage verklagt zu werden bzw. . zumindest bei Geltendmachung absoluter Schutzrechte . die Anwaltskosten der Gegenseite tragen zu müssen.

Aus Beweisgründen ist es sinnvoll, die Abmahnung schriftlich per Einwurfeinschreiben zu übersenden. In der Abmahnung müssen Sie das beanstandete Verhalten konkret beschreiben und einer kurzen rechtlichen Würdigung unterziehen. Sie sollten Ihren Konkurrenten auffordern, das rechtswidrige Verhalten in Zukunft zu unterlassen und innerhalb einer angemessenen Frist eine Unterlassungserklärung einschließlich eines Vertragsstrafeversprechens abzugeben. Eine entsprechenden Formulierungsvorschlag können Sie beilegen, müssen es aber nicht tun. Ebenso können Sie Ihren Wettbewerber auffordern, Ihre Anwaltskosten Kosten zu bezahlen. Sollte Ihr Wettbewerber nicht reagieren, so können Sie den Rechtsverstoß gerichtlich entweder im Wege der einstweiligen Verfügung oder der Klage verfolgen.

Haben Sie noch weitere Fragen, dann wenden Sie sich an uns.

Ihr Ansprechpartner: Dr. Christian Pisani